

„Dramatische Einbrüche“ bei Gewerbesteureinnahmen / Negativer Trend

Innenminister Behrens drängt auf Reform der Gemeindefinanzierung

Neuss. Mit dem Haushaltsjahr 2001 haben sich die Kommunal финанzen in Nordrhein-Westfalen stark verschlechtert. Ursache sind Steuersenkungen und die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung. Allein bei der Gewerbesteuer fehlten den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen gegenüber ihren Haushaltsplanungen mehr als 610 Millionen Euro in ihren Kassen. Das bedeutet einen Einbruch von 10,4 Prozent. Hinzu kam der überraschend starke Rückgang beim Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer von 6,1 Prozent. Diese Bilanz zieht Innenminister Dr. Fritz Behrens in dem aktuellen Kommunalfinanzbericht, den er jetzt dem Landtag vorlegte. Der Bericht steht unter dem Leitmotiv „Kommunal финанzen 2001: Leere Kassen durch Talfahrt der Gewerbesteuer“.

„Diese negative Entwicklung zeigt, wie dringend notwendig eine Neuordnung der Gemeindefinanzierung ist. Die Kommission des Bundesfinanzministers muss sich so schnell wie möglich an die Arbeit machen. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, dass die Kommunen finanziell wieder eine Perspektive haben“, forderte Behrens. In einzelnen Städten, die mit ihren Steuereinnahmen von größeren Unternehmen abhängig sind, waren die Einnahmehausfälle dramatisch, so zum Beispiel in Krefeld, Leverkusen, Gelsenkirchen, Wuppertal oder Dormagen. Ein Grund für die Einbrüche bei der Gewerbesteuer ist auch, dass eine Reihe von Unternehmen steuerrechtliche

Bilanzierungsmöglichkeiten mit der Folge nutzen, dass sie Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer in einzelnen Fällen bis auf „Null“ reduzieren konnten. „Wir dürfen bei den Überlegungen zur Kommunalfinanzreform auch diesen Aspekt nicht vernachlässigen“, meinte Behrens.

Nach dem jetzt vorgelegten Bericht gibt es derzeit in NRW 98 Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten. „Diese Zahl wird 2002 deutlich steigen“, erklärte der Minister. „In diesem Zusammenhang ist der Ruf nach Änderungen der hierfür vorgesehenen Fristen – immerhin insgesamt bis zu neun Jahren – zwar verständlich, würde aber die Probleme nicht lösen.“ Große Sorgen bereiten, so Behrens, eine Reihe von kommunalen Haushalten, die bereits in den besseren Vorjahren mit einem Defizit belastet waren. Die betroffenen Städte und Gemeinden schieben teilweise außerhalb der offiziellen Haushaltsbuchführung hohe Kassenkreditschulden vor sich her. „Das Ausmaß der kommunalen Finanzprobleme macht mir Sorgen“, mahnte der Innenminister. „Wir alle sind davon betroffen und wir können es nicht den künftigen Generationen überlassen, unseren heutigen Konsum zu bezahlen.“

Behrens hob hervor, dass die Kommunen auf die verschlechterte Situation schon reagiert haben: Bei den Ausgaben werde verstärkt gespart. „Das spüren auch die Menschen, wenn zum Beispiel Schwimmbäder geschlossen oder Zuschüsse für Vereine gekürzt

werden.“ Gleichzeitig blieben die Kommunen auch bei Kreditaufnahmen zurückhaltend. Die Nettokreditaufnahme der Vermögenshaushalte bleibe mit rund 490 Millionen Mark im Bereich der Schuldentilgung. Es würden also zur Zeit weniger Investitionskredite aufgenommen, als alte Schulden getilgt. „Wir müssen jetzt zügig handeln und sorgfältig überlegen, was den Kommunen wirklich dauerhaft hilft. In der Reform-Kommission des Bundesfinanzministers werde ich die Interessen der Kommunen mit Nachdruck vertreten“, erklärte Behrens. Nach seiner Auffassung muss sich die Reform der Gemeindefinанzen an diesen Eckpfeilern orientieren:

- Die kommunalen Einnahmen müssten verlässlicher und stetiger werden.
- Die Verantwortung – und auch das Geld – müssten dort konzentriert werden, wo auch die Aufgaben erledigt werden.
- Die kommunale Finanzautonomie müsse erhalten und ausgebaut werden. Dazu gehöre auch das durch das Grundgesetz geschützte Recht, den Hebesatz für eine quantitativ und qualitativ gewichtige Steuer zu bestimmen.
- Der kommunale Handlungsspielraum müsse erhöht werden. Zu diesem Zweck könne man beispielsweise die bisher gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtaufgaben der Kommunen begrenzen und die dafür vorgegebenen Standards senken. Auch die weitgehende Pauschalierung von Fördermitteln wie die Schulpauschale sei hierzu ein geeignetes Mittel.